

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 500 Mark für einen Monat ohne die Post. Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend  
Gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark, Porto extra

61. Jahrgang Leipzig, den 12. Juni 1923 Nummer 57

### Bekanntmachung

Die nach dem Deutschen Buchdrucker-Tarif zuständige Tariskommission hat in ihrer Sitzung vom 8. und 9. Juni 1923 für die Zeit ab 9. Juni 1923 folgende Wochenlöhne festgesetzt:

#### 1. Für Gehilfen

Ortszuschlag	Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Lohnklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		Neuausgelenkte (im 1. Gehilfenjahre)
	Verheirat.	Ledige	Verheirat.	Ledige	Verheirat.	Ledige	
0%	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
0	140 900	135 170	133 700	128 410	123 200	118 270	101 380
2 1/2	144 320	138 550	137 100	131 620	126 250	121 230	103 910
5	147 840	141 990	140 450	134 830	129 360	124 190	106 440
7 1/2	151 360	145 310	143 790	138 040	132 440	127 140	108 980
10	154 880	148 630	147 140	141 250	135 520	130 100	111 510
12 1/2	158 400	152 050	150 490	144 460	138 600	133 050	114 050
15	161 920	155 440	153 820	147 670	141 680	136 010	116 580
17 1/2	165 440	158 826	157 170	150 880	144 760	138 960	119 120
20	168 960	162 200	160 510	154 090	147 840	141 930	121 650
22 1/2	172 480	165 580	163 860	157 300	150 920	144 890	124 190
25	176 000	168 960	167 200	160 510	154 000	147 840	126 720

#### 2. Für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen

##### a) Männliche Hilfsarbeiter\*

Ortszuschlag	über 24 Jahre		21 bis 24 Jahre		19 bis 21 Jahre		17 bis 19 Jahre
	Verh.	Led.	Verh.	Led.	Verh.	Led.	
0%	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
0	126 150	121 110	113 700	109 130	104 720	100 530	86 170
2 1/2	129 310	124 140	116 540	111 880	107 340	103 050	88 320
5	132 460	127 170	119 390	114 610	109 960	105 560	90 480
7 1/2	135 620	130 190	122 220	117 340	112 550	108 070	92 630
10	138 770	133 210	125 070	120 060	115 190	110 580	94 790
12 1/2	141 920	136 250	127 910	122 790	117 810	113 100	96 940
15	145 080	139 270	130 750	125 520	120 430	115 610	99 100
17 1/2	148 220	142 300	133 590	128 250	123 050	118 120	101 250
20	151 360	145 330	136 440	130 980	125 660	120 640	103 400
22 1/2	154 500	148 350	139 280	133 710	128 280	123 150	105 550
25	157 650	151 390	142 120	136 440	130 900	125 660	107 710

##### b) Anlegerrinnen\*

Ortszuschlag	über 21 Jahre	19 bis 21 Jahre	17 bis 19 Jahre
	M.	M.	M.
0%	M.	M.	M.
0	87 860	83 470	76 880
2 1/2	90 060	85 550	78 800
5	92 250	87 640	80 720
7 1/2	94 450	89 730	82 640
10	96 650	91 810	84 560
12 1/2	98 840	93 900	86 480
15	101 040	95 980	88 410
17 1/2	103 230	98 070	90 330
20	105 430	100 160	92 250
22 1/2	107 630	102 240	94 170
25	109 820	104 330	96 100

##### c) Hilfsarbeiterinnen\*

Ortszuschlag	über 21 Jahre	19 bis 21 Jahre	17 bis 19 Jahre
	M.	M.	M.
0%	M.	M.	M.
0	77 720	73 830	68 010
2 1/2	79 660	75 680	69 710
5	81 610	77 530	71 410
7 1/2	83 550	79 370	73 110
10	85 490	81 220	74 810
12 1/2	87 440	83 060	76 510
15	89 380	84 910	78 210
17 1/2	91 320	86 760	79 910
20	93 270	88 600	81 610
22 1/2	95 210	90 450	83 310
25	97 150	92 220	85 010

\* Von den in obigen Tabellen für das Hilfspersonal festgesetzten Wochenlöhnen erfolgt in den Orten bis einschließlich 10% Ortszuschlag ein Abschlag von 10%, sofern nicht mehr als 28 Hilfsarbeiter in diesen Orten beschäftigt sind.

Für das besetzte Gebiet des Kreises II und diejenigen angrenzenden Gebiete, die von den Reichs- oder Staatsbehörden wie das besetzte Gebiet behandelt werden, wird eine Sonderzulage von 17 1/2 Proz. des neuen Tariflohnes festgesetzt unter Fortfall der bisher an verschiedenen Orten gezahlten Sonderzulage bis zu 8000 M.

Die Entschädigung für Montagezeitungen (§ 6 Ziffer 6 des Tarifs) ist ab 9. Juni 1923 auf 17 720 M., für Maschinensetzer auf 19 040 M., für Maschinenrevisoren auf 18 240 M. und für Hilfsarbeiter auf 15 940 M. festgesetzt.

Die Berechner erhalten für die Zeit ab 9. Juni 1923 einen Zuschlag von 11 1/2 Proz. auf den Stücklohn und die Ausgleichssumme (vgl. § 2 Ziffer 1, Anhang A des neuen Tarifs, Beispiel zur Lohnabelle).

Dieser Lohn Tarif hat Gültigkeit vom 9. Juni 1923 bis einschließlich 22. Juni und verlängert sich um je eine Woche, wenn er nicht mit fünf-tägiger Frist von einer der Tarifparteien gekündigt wird. Erstmaliger Kündigungsstermin 18. Juni 1923.

Berlin, den 9. Juni 1923.  
**Deutscher Buchdrucker-Verein e. V.**  
 gez. Dr. Petersmann. Dr. Woelck.  
**Verband der Deutschen Buchdrucker**  
 gez. Joseph Gehl. Otto Krauß.  
**Gutenberg-Bund**  
 gez. Paul Thümler.  
**Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands**  
 gez. E. Bucher. Ernst Hornke.  
**Graphischer Zentralverband**  
 gez. Hornbach.

### Erhöhung des Kostgeldes für Lehrlinge

Das Kostgeld für Lehrlinge wird erhöht im ersten Lehrjahre um 5 Proz., im zweiten um 7 1/2 Proz., im dritten um 10 Proz. und im vierten um 15 Proz. der Gesamtzulage der Lohnklasse C (Verheiratete) des neuen Lohn-tarifs für Gehilfen. Demnach beträgt das Kostgeld für Lehrlinge ab 9. Juni:

Orts-zuschlag	Erstes Lehr-jahr	Zweites Lehr-jahr	Drittes Lehr-jahr	Viertes Lehr-jahr	Orts-zuschlag	Erstes Lehr-jahr	Zweites Lehr-jahr	Drittes Lehr-jahr	Viertes Lehr-jahr
0	7740	10580	13810	19880	15	8900	12330	15900	22860
2 1/2	7930	10870	14 150	20 380	17 1/2	9100	12 630	16 260	23 350
5	8120	11 160	14 500	20 870	20	9310	12 930	16 610	23 850
7 1/2	8320	11 450	14 850	21 370	22 1/2	9510	13 230	16 970	24 340
10	8510	11 740	15 200	21 860	25	9710	13 530	17 320	24 840
12 1/2	8700	12 040	15 550	22 360					

### Ein abgeänderter Lohn Tarif

In zweitägigen Verhandlungen (8. und 9. Juni) hat die Tarifkommission, wie aus vorstehender offizieller Bekanntmachung der Tarif-organisationen zu ersehen ist, unter Aufhebung des ursprünglich mit einer Geltungsdauer bis 15. Juni versehenen bisherigen Lohn-tarifs mit Gültigkeit vom 9. bis 22. Juni, also auf zwei Wochen, einen neuen Lohn-tarif vereinbart. Danach erhöht sich der bisherige Spitzen-lohn (Lohnklasse C, Verheiratete über 24 Jahre bei 25 Proz. Ortszuschlag) von 104 000 auf 176 000 oder um 69,2 Proz. Das bedeutet mit Wirkung vom 9. Juni 1923 an in der Spitze einen Stunden-lohn von 3667 M. gegen bisher 2167 M. oder das 5119fache des wöchentlichen Tariflohnes der Friedenszeit gegenüber dem 3025fachen vor dem 9. Juni d. J. Als erster Kündigungs-tag des neuen Lohn-tarifs wurde der 18. Juni vereinbart. Je nach der ferneren Gestaltung der Lebenshaltungskosten besteht daher die Möglichkeit neuer Lohn-verhandlungen in nächster Woche. Die Einzelheiten der Lohn-abstufungen ergeben sich aus den Tabellen vorstehender Bekannt-machung; wobei noch zu beachten ist, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein sich bereit erklärt hat, seinen Mitgliedern im ganzen Reich eine teilweise Voraus-zahlung der neuen Lohn-erhöhung im Laufe der letzten Lohn-woche, also noch vor dem nächsten üblichen wöchentlichen Zahltag, in besonderer Weise zu empfehlen. In der soeben erschienenen Nr. 46 der „Zeitschrift“ vom 9. Juni erfolgt diese Empfehlung mit folgenden Worten: „In Anbetracht der ein-getretenen Teuerung wird den Betrieben empfohlen, bereits Anfang der nächsten Woche Vor-schüsse-zahlungen in angemessener Höhe zu gewähren.“

Die Grundlage der diesmaligen Verhandlungen der Tarifkommission bildete die von den Vertretern der Gehilfen- und Hilfsarbeiter-schaft nach eingehender Vorberatung aufgestellte Forderung einer Ab-änderung des bestehenden Lohn-tarifs in der Form, daß für die Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni eine Nach-zahlung von 50 Proz. und für die Zeit vom 2. bis 15. Juni eine Er-

höhung des Lohnes um 100 Proz. zu erfolgen habe; bezüglich der Sonderzulagen für einzelne Gebiete und Orte wurde beantragt, daß diese unter Aufrechterhaltung der diesbezüglichen Forderungen nach der Tagesordnung der letzten Beratungen der Tariffkommission den einzelnen Kreisen zur besonderen Regelung überwiesen werden.

Nach eingehender Begründung dieser Forderungen von Gehilfenseite, worüber wir in Anbetracht der allen Lesern des „Korr.“ bekannten und sühbaren Ursachen glauben keine nähere Ausführungen machen zu müssen, wurde von Prinzipalseite anerkannt, daß infolge der in letzter Zeit eingetretenen außerordentlichen Veränderungen der Lebenshaltungskosten eine frühere Einberufung der Tariffkommission nötig geworden ist. Doch sei die Erfüllung der gestellten Anträge für die Prinzipale eine wirtschaftliche Unmöglichkeit, und zwar sowohl in materieller Hinsicht wie in bezug auf die geforderte Rückwirkung, da für letztere jede Möglichkeit einer nachträglichen Einrechnung für inzwischen erledigte Arbeiten fehle. Es könne sich daher für die Prinzipale nur darum handeln, zu prüfen, was jetzt und für die nächste Zukunft geschehen könne. Nicht nur die Geldentwertung spiele dabei eine Rolle, sondern auch die politischen Verhältnisse. Unter besonderer Berücksichtigung der von der Reichsregierung geforderten Reduzierung der Preise habe der Preistarif in letzter Zeit eine Korrektur erfahren, die keine Reserven für so außerordentliche Veränderungen des Lohnkontos in sich berge. Es sei daher völlig ausgeschlossen, für zurückliegende Zeit größere Lasten zu übernehmen; und zur Tragung neuer wesentlicher Lohnverbesserungen sei die längere Befristung eines neuen Lohnabkommens unbedingt erforderlich. Ferner sei nach Ansicht der Prinzipale die Spannung in der Entlohnung für Verbeiratete und Ledige viel zu groß; um eine höhere Entlohnung für Verbeiratete zu erreichen, müßten weitere Abschlüsse für die Ledigen und jüngeren Gehilfen, insbesondere auch für die Hilfsarbeiterinnen, vorgenommen werden. Gegenüber dem Verlangen einer besonderen Berücksichtigung der Verhältnisse im Westen des Reichs verlangten die Prinzipale ferner noch eine sinnemäße Beachtung günstiger Lebensverhältnisse im Osten des Reichs durch besondere Abschlüsse. Im übrigen sei jedoch an einer zentralen Regelung dieser Fragen unbedingt festzuhalten, wenn der Reichstarif überhaupt noch aufrechterhalten werden soll.

Diese sehr verkauflustige „Bereitwilligkeit“ der Prinzipale zum Abschluß eines neuen Lohnstarifs wurde von Gehilfenseite in ganz unabweisbarer Weise für die Gehilfenschaft als unannehmbar bezeichnet und als eine Basis charakterisiert, auf der jede Verständigung ausgeschlossen sei. Nach entsprechenden einschränkenden Kommentierungen des Prinzipalsstandpunktes wurde schließlich von Gehilfenseite einer besonderen Kommissionsberatung zugestimmt. Diese Beratungen dauerten bis in die späten Nachstunden und führten gegen Mitternacht des ersten Verhandlungstages zur Annahme des eingangs veröffentlichten Spitzenlohns von 176 000 M. in erster Lesung unter völliger Aufrechterhaltung der bisherigen tariflichen Abstufung, wobei prinzipalsseitig zugefagt wurde, für den Anfang der neuen Lohnwoche eine teilweise Vorauszahlung der neuen Lohnverbesserung zu empfehlen.

Am zweiten Verhandlungstag wurde sodann die Beratung der Anträge auf Sonderzulagen vorgenommen. Die Prinzipalsvertreter leiteten diese mit einem großangelegten Vorstoß für eine besondere Berücksichtigung der nach ihrer Ansicht viel günstigeren Lebensverhältnisse in Pommeren, Schlesien und Ostpreußen ein. Sie verlangten einen besonderen Abschlag von der neuen Lohnverbesserung für diese Gebiete, da insbesondere auch die Lohnverhältnisse der übrigen Arbeiterschaft in diesen Kreisen zum größten Teil weit hinter dem jetzigen Buchdruckerlohn zurückblieben. Die Vertreter der Gehilfenschaft bekämpften jedoch dieses Verlangen in entschiedener Weise und erklärten sich schließlich nur damit einverstanden, daß diese Angelegenheit erst bei den nächsten Lohnverhandlungen unter Zuziehung der in Frage kommenden Gehilfenvertreter zur Beratung kommen könne. Dem Antrag der Gehilfenvertreter bezüglich der Sonderzulagen für das besetzte Gebiet usw. wurde dann insofern Rechnung getragen, daß diese Angelegenheit in engeren, kreisweisen Kommissionsberatungen zu lösen versucht wurde. Für das besetzte Gebiet des Kreises II kam auf diesem Wege eine Verständigung für eine Erhöhung der bisherigen Sonderzulage auf 17 1/2 Proz. des neuen Lohns zustande, und zwar unter Einrechnung bisheriger örtlicher Einkommen in Höhe bis zu 8000 M. Für den Kreis IV wurden vorher schon getroffene Vereinbarungen (Mannheim-Ludwigshafen) nachträglich anerkannt, teils endgültiger Erledigung durch die dortigen Parteien überlassen. Die Sonderzulage für Offenburg und Keßl von 2 Proz. bleibt bis auf weiteres auch für den neuen Lohnstarif bestehen. Für den Kreis III sollen zunächst gemeinsame Schritte der dortigen Tarifparteien bei den zuständigen Regierungen (Sachsen und Preußen) eingeleitet werden, die im Interesse beider Teile eine Berücksichtigung der gestellten Anträge auf Sonderzulagen für einzelne Orte jenes Gebiets erleichtern könnten; der Frankfurter Prinzipalsvertreter erklärte, dringlichen Verhandlungen keine Schwierigkeiten bereiten zu wollen. Im übrigen zeigten sich auch bei diesen Beratungen und Ergebnissen bezüglich der Sonderzulagen die schon das letzte Mal besonders betonten Schattenseiten, über die wir auch heute noch kein anderes Urteil abgeben können. Die Anträge der Prinzipale auf Kürzung der Lohnverbesserung für die östlichen Gebiete zeigen deutlich die Rückwirkungen dieser Frage; weshalb nur dringend zu wünschen wäre, daß endlich stabilere Verhältnisse im allgemeinen eintreten möchten.

Table titled 'Mindestwöchentlichelöhne der Buchdrucker' with columns for Lohnklassen, Tariflicher Wochenlohn, Mittermeiner Lohn pro Woche, Stundenlohn, and Kostgeld für Lehrjahre. It includes a detailed breakdown of wages for various regions (Kreise I-IV) and professions (Verbeiratete, Ledige, Hilfsarbeiter).

\* Nach § 4 (Ziffer 12 und Absatz 1) des Manteltarifs erhalten Korrektoren auf die tariflichen Wochenlöhne (einschließlich Sonderzulagen) ihrer Alters- und Dreiklassen eine Aufschlag von 3 Proz., Maschinensetzer nach § 11 (Ziffer 1) des Manteltarifs einen solchen von 7 1/2 Proz. Die Aufschläge für Berechner auf die Preise der geleisteten Taktmenge nach dem Anfang A des neuen Tarifs sowie auf die in dem Beispiel zur Lohnabelle an gleicher Stelle nach Alters- und Dreiklassen veröffentlichten Vergleichssummen betragen 13 1/2 Proz. — Die Entscheidung für Montagssetzungen (§ 6 des Tarifs) ist ab 1. Juni 1923 auf 17 1/2 M., für Maschinensetzer auf 10 000 M., für Maschinenrevisoren auf 18 240 M. und für Hilfsarbeiter auf 15 040 M. erhöht.

## Bekanntmachung

### Bezugs- und Anzeigenpreise für den „Korr.“

Die weitere Steigerung aller Kosten für Herstellung und Versand des „Korr.“ zwingen uns zu einer Erhöhung der Bezugs- und der Anzeigenpreise.

Der Bezugspreis beträgt für den  
**Monat Juli 1000 Mark**

Davon vergütet die Verbandskasse an Mitglieder auf jedes abonnierte Exemplar 750 Mark in der Weise, daß die Postquittung bei der Beitragszahlung im Juli mit 750 Mark in Zahlung genommen wird. Die restliche Summe haben die Bezieger selbst zu tragen.

Die Anzeigenpreise werden vom 1. Juli an wie folgt festgesetzt: Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen die sechsgepaaltene Zeile 100 Mark, sonstige Anzeigen 500 Mark.

**Der Verbandsvorstand**

## Egoismus

### Betrachtungen aus dem Leben für das Leben

Egoismus, die Wurzel alles Übels, die das Allgemeinwohl zerstört, wird von zu vielen Menschen leider zu wenig beachtet und nicht genügend bekämpft. Das hastige Streben nach unnatürlichen Zielen verschafft den Menschen ein derartiges unruhiges Leben, daß sie kaum Zeit finden, auch einmal daran zu denken, daß sie Menschen sind. Wenige findet man, die noch die Kraft besitzen, um als Mensch unter Menschen zu leben. Immer kleiner wird die Zahl der ehrlichen Kämpfer um das Dasein.

Bei dem krankhaften Zustand der Menschheit hat die Macht des Geldes leider schon zu viel Gewalt über den Menschen bekommen. Viele sind der Geldgier verfallen. Zu wenig Menschen erkennen noch den richtigen Wert des Geldes. Geld ist nur ein Zahlungsmittel und dient zum Ausgleich der erzeugten Werte der Menschen. Egoistische Bestrebungen sind es, durch welche Menschen auf den Gedanken kommen, sich recht viel Geld zu verschaffen, um so auf Kosten ihrer Mitmenschen ein nach ihrer Art behagliches Leben führen zu können. Die verwerflichsten Mittel werden dazu benutzt, selbst die eigene Gesundheit, noch mehr die Gesundheit ihrer Mitmenschen werden zu diesem Zwecke geopfert. Raum zu glauben sind mitunter die Auswüchse der Geldgier. Geld löst selten volle Zufriedenheit aus. Sei es denn, daß der Besitzer von Geld nie vergißt, daß er Mensch ist und vernünftig unter Menschen lebt. Allzu viel ist stets ungenügend.

Geld braucht jeder Mensch, der arbeitet und leben will. Der Landwirt z. B. kann all seine Erzeugnisse nicht selbst verwenden. Er tauscht sie gegen Geld ein, um sich andre Erzeugnisse dafür anzuschaffen. Auch der Arbeiter tauscht seine Arbeitskraft gegen Geld ein. Aus egoistischen Gründen wird der Wert der Arbeitskraft viel zu niedrig bemessen. Den richtigen Wert der Arbeitskraft könnte ein Kapitalist nur feststellen, wenn er sich auf angemessene Zeit in die Haut eines ehrlichen Arbeiters stecken würde.

Alles Bemühen der freien Gewerkschaften, hier einen Ausgleich zu schaffen, wird nutzlos sein, wenn die Arbeiter nutzlos heisste stehen und die Zahl der Indifferenten noch vergrößern. Beugt euch nicht vor dem Kapital! Zeigt, daß ihr freie Menschen seid! Macht aus den Gewerkschaften keine Lohnmaschine und Unterwürfigenklasse! Lohnt ehrliche Arbeit eurer Führer durch regen Besuch der Gewerkschaftsversammlungen! Gesunde Opposition schadet keinem Menschen. Dankbar muß jeder ehrliche Führer sein, wenn er sachlich auf Fehler aufmerksam gemacht wird, die der Gewerkschaft schaden. Macht aus den freien Gewerkschaften das, was sie sein sollen: Schutz und Hort im ehrlichen Kampfe ums Dasein innerhalb aller Berufe! Solche Selbsthilfe ist die beste Hilfe.

Die Folgen der falschen Einschätzung der Arbeitskraft sind für ehrliche Kämpfer um das Dasein kaum zu ertragen. Wer da glaubt, die Natur betrügen zu können, der irrt sich! Die deutschen Erzeugnisse werden überall noch gut bezahlt. Das Geld für an das Ausland verkaufte Ware behalten egoistische Kapitalisten zurück und verschulden so mit den niedrigen Stand unsrer Mark. Aber die Verantwortung ihrer Handlung wälzen sie gern auf andre ab. Hier hat der sächsische Ministerpräsident Zelnner recht, wenn er sagt, der Egoismus der Reichen ist an dem jetzigen Zustand schuld. Ist nun das sächsische und das deutsche Volk im allgemeinen einig genug, um zu erreichen, daß diese Auslandsbeweisen ihre richtige Verwendung finden, um dem gesamten Volke und nicht nur diesen verblendeten Kapitalisten zu nützen? Wie lang noch will die schaffende Klasse sich von der Macht des Geldes durch verzerrte Kapitalisten weinigen lassen? Die Verhältnisse drängen zur Klärung der unklaren Zustände. Der Parteiegoismus ist ein Hindernis, um die Einigkeit der schaffenden Klasse zu erreichen. Egoisten sind schlechte Vertreter vom Sozialismus. Es ist immer noch Zeit, Verstandes nachzuholen. Den Egoismus heisse und der Weg zur Einigkeit ist frei. Predigt nicht nur Sozialismus, sondern handelt auch selbst danach, dann dient ihr dem Sozialismus!

W e i z i g.

E. F.

## Die Erfassung der Sachwerte

Über dieses Thema wurde in der Presse schon viel geschrieben und in den Versammlungen der un- und der politischen Parteien noch mehr geredet. Jetzt nun ist es Tagesgespräch, dafür hat auch das famose Garantienangebot der Schwerindustrie gesorgt.

Nach der neuerdings ab 1. Juni beschlossenen Steuernachläßerbhöhung werden die Träger der direkten Einkommensteuer, die Lohn- und Gehaltsempfänger, die im Steuerjahr 1922/23 rund neun Zehntel aufgebracht haben, einigermassen entlastet. Die Einnahmen des Reichs schrumpfen dadurch noch mehr zusammen. Ersatz für diesen Ausfall bei den Besteuerten zu suchen und zu finden, wird kaum zu den Möglichkeiten zählen und — hoffentlich gar nicht versucht werden. Die inzwischen erfolgte Erhöhung der indirekt wirkenden Biersteuer um 50 Proz., d. h. von seither 40 auf 60 Proz. des Verkaufspreises, wird keine Mehreinnahme bringen, sondern den Verbrauch einschränken, die Brauereindustrie lahmlegen und dadurch das Arbeitslosenheer vergrößern helfen. Die Vermögensabgabe mag vorläufig über die Berge helfen. Nach deren Verbrauch kann die unter dem Kommando des Finanzministers Hermes stehende Steuerquellensucherpatte mit der Wünschelrute auf Neuland ziehen, um bei dem Besitz direkter Steuer vorkommen zu suchen.

Dabei liegt nichts näher, als endlich mit dem Sachwertearrassen einen Anfang zu machen. Dieser Anfang muß jedoch ein Treffer und keine Kiste wie die Kapitalertragssteuer sein. Ob die Sachwerte in Gold „gefaßt“ oder in Papiermarkt gewertet werden, ist ziemlich einerlei. Doch muß der Wert nach seinem wirklichen Wert bemessen werden.

Der Menschheit ganzer Jammer grinst uns entgegen, wenn Vergleiche gezogen werden zwischen der Einkommensteuerabgabe der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Abgabe der Reichen bis Schwerreichen. Die Besteuerten neun Teile, die Bestehenden einen Teil; rechnerisch 9:1! Wo sucht der Staat die Einkommensteuererträge aus den herzoog, fürst, gräf- und freiherrlichen sowie Fideikommissabgaben? Welch „steuerliche“ Werte liegen in den Wäldern, Feldern und Wiesen bzw. deren Erträgen brach! Führt man sich die erstellten Holzpreise aus den Privatwäldungen vor Augen, welche bei einem Kubikmeter erstklassiger Eichenstämme die Million Mark übersteigt, vergleicht damit den Steuerertrag, so muß von Steuerstandal gesprochen werden, wie der „Korr.“ in seiner Nr. 48 diesem Vorgang den richtigen Namen gab. Die Erträge aus Stall und Feld, welche bei den großen Gütern ebenfalls in die vielen Millionen gehen, werfen ebenfalls keine nennenswerten Ergebnisse für die Steuerkasse ab. Dabei ist es den Landwirten mit der Abgabe der Steuererklärung allerdings leicht gemacht, indem pauschalierte Abgabe zulässig ist. Damit ist für die Driideberger das Hintertürchen geöffnet. Auch die Umsatzsteuer mag sehr schwer zu kontrollieren sein, sonst müßte diese viel ertragreicher sich gestalten. Hier könnte der Staatsfinanzminister seine „zuviel Beamten“, wie Kollege Mahlo (Berlin) in Nr. 48 des „Korr.“ meint, produktive Arbeit leisten lassen. Ja selbst auf die Gefahr hin, daß noch mehr anderweit überflüssige Unter- und Oberbeamte in die Steuerverwaltung „hineingeschoben“ werden müßten.

Daß in der Großindustrie „Steuerheuschäferverständige“ im Hauptamt tätig sind, läßt sich schwer nachweisen. Vereleicht man jedoch die Bilanzen der Aktien- und anderen Gesellschaften mit ihren verzerrten und verästelten Vorzugs-, Stamm-, alten und neuen Abschreibungen, mit ihren Bonus-, Goldpennig- und sonstigen Dividenden, mit ihren festen Entschädigungen an Vorstand und Aufsichtsräte, so wird es klar, mit welchen Kniffen die Steuerbehörde zu rechnen hat. Hier können nur gutgeschulte Beamte auf einen Schelm anderthalbe setzen und für den Staat herausholen, was zu holen wäre. Bedenken wir dazu noch, daß die heute Millionenwerte darstellende Einrichtung an Maschinen, Fuhrparks (Last- und Luxusautos), Bureaumöbeln (Kassenschränke, Klubsessel usw.) in vielen Fällen mit einer Papiermark zu Buche stehen, daß nebenbei der Grundbesitz an Gebäuden und Bauareal mit lächerlich anmutenden Zahlen ein (un)verschämtes Dasein in den leider veröffentlicht werden müßenden Bilanzen fristet, so haben wir die lauterer Beweise der Steuerfreudigkeit des Besitzes.

Auf die Dauer ist dieser Zustand unhaltbar. Den Arbeitern wird Kurzarbeit mit Verdienstmäßiger oder Entlassung mit staatlicher Unterstützung aus der Arbeitslosenfürsorge diktiert, den Aktionären dagegen 100, 200, 300 und noch mehr vom Hundert Dividende von den unrentablen Betrieben ausbezahlt. Da sollte es doch dem Steuerunwilligsten einleuchten, daß neun Zehntel zu wenig für die Arbeitnehmer und ein Zehntel zu viel für die Arbeitgeber usw. als Träger der Einkommensteuer sind!

Das Schiebergefeindel, welches alle und jeden betrügt, darf im Steuerhinterziehen vor dem Staat nicht halt machen und daher keine Steuern zahlen, sonst käme seine unerlaubte Geschäftstätigkeit an das Licht, und die Schiebererei hätte keinen Zweck mehr.

Aus allem schon Gesagten, aus dem reinen Selbsterhaltungssoll des Reiches heraus, muß die Regierung endlich zu der Erkenntnis kommen, daß mit der Erfassung der Sachwerte Anfang und Ernst gemacht werden muß, solange noch etwas zu holen und nicht alles verschoben ist. Das steuerzahlende Volk wartet die Renterung, es mit dem „sichtbaren Opfer des Besitzes“, wie es der Reichsverband der deutschen Industrie profitabel für sich gestalten möchte, auch nur zu versuchen. Die hitzerliche Reichsregierung hat unendlich viel veräußert, mit der Gebuld der arbeitenden Bevölkerung ist es nun zu Ende.

Stuttgart.

—c.

# Notwendigkeit und Möglichkeit eines stabilen Wertmessers für unsere Lohnfestsetzungen

Der Prophet gilt bekanntlich nichts in seinem Vaterlande, und so scheinen auch Vorschläge, wenn sie aus dem Kreise der Mitalliierten kommen, bei den Instanzen kaum Beachtung zu finden.

Der Entwicklung unseres Entlohnungssystems Rechnung tragend, hatte ich in einer Berliner Generalversammlung den Vorschlag gemacht, unsern Lohnverhandlungen einen beständigen Wertmesser (den Kohlen- und Getreidepreis) zugrunde zu legen. Einstimmig wurde dieser Vorschlag aufgegeben, und wunschgemäß brachte ich im „Korr.“ einige erläuternde Ausführungen zu diesem Vorschlag („Ein beständiger Wertmesser als Basis für ankünftige Lohnverhandlungen“, Nr. 24). Die für einige Wochen eingetretene „Stabilisierung“ der Mark schien diese Frage erledigt zu haben, doch wird sie durch die erneut ins Rollen gekommene Geldentwertung wieder äußerst aktuell, so daß nunmehr auch der „Korr.“ in einem längeren Artikel die Notwendigkeit und Möglichkeit eines Indexlohns erörtert, allerdings wieder, wie dies schon vor mehr als Jahresfrist bei der sogenannten gleitenden Lohnskala geschah, unter Zugrundelegung der Reichsindexziffer.

Diese Reichsindexziffer hat in unsern Kollegienkreisen oft Kopfschütteln erregt; stets wurde sie stark angezweifelt. Auch auf der Generalversammlung zu Leipzig habe ich vor ihrer Verwendung zu dem angeregten Zwecke gewarnt. Sie ist von so vielen Umständen beeinflusst, daß sie hierfür nicht in Frage kommen kann. Es würde zu weit führen, diese Umstände in aller Ausführlichkeit zu erörtern. Daß diese Meinung nicht nur vereinzelt besteht, beweisen die Ausführungen der „Industrie- und Handels-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 3. Mai d. J. Diese gibt eine eigene wöchentliche Messziffer heraus und berücksichtigt im Gegensatz zur Reichsindexziffer auch kulturelle Bedürfnisse und solche des Verkehrs usw., womit sie der Wirklichkeit wesentlich näher kommt, weil damit teilweise Mängel beseitigt sind, über die sich Rechtsanwalt Dr. Wagner im „Berliner Tageblatt“ (Morgenausgabe vom 24. Mai) folgendermaßen vernehmen läßt:

Eine ganze Reihe von Fehlern beeinflusst offenbar die Indexziffern, die das Statistische Reichsamt allmonatlich über die Veränderung der Lebenshaltungskosten herausgibt. Schon wiederholt ist bemängelt worden, daß diese Indexzahlen nur nach zwei Stellen im Monat ermittelt werden, ohne die andern 29 Tage des Monats zu berücksichtigen, und daß sie von vornherein nur auf die notdürftigsten Aufwendungen beschränkt sind. Schon im vergangenen Monat (April) hat dieser Mangel zu ersten Klagen Anlaß gegeben, nachdem das Statistische Amt die im März im Verhältnis zum Februar eingetretene Verteuerung auf nur 8 Proz. berechnet hatte. Das soll man aber dazu sagen, wenn jetzt die Erhöhung für den Monat April im Verhältnis zum März mit nur 3,5 Proz. amtlich vermeldet wird? Jede Frau weiß, daß diese Verteuerung in beiden Monaten durchschnittlich 20 Proz. betragen hat; demgemäß sind auch die Tarife für Löhne und Gehälter wohl in den meisten Branchen um sicherlich 20 Proz. gestiegen. Es ist auch allgemein bekannt, daß die Verteuerung im Verhältnis zur Friedenszeit mindestens das 500fache ausmacht, während die Gesamtindexzahl jetzt erst bei 264 angelangt ist.

Die hier sehr treffend erörterten Mängel, weiter die schwere Beweiskraft des Apparates, den das späte Erscheinen der Ziffer verursacht, und sonstige Umstände, auf die der „Korr.“ ausführlich eingeht, vor allem aber auch die Befürchtung, daß von interessierter Seite zweifellos eine Einkubnahme auf diese Ziffer gewonnen werden dürfte, sofern man sie als Lohnbasis verwenden würde, lassen ihre Verwendung für den gedachten Zweck nicht als geraten erscheinen.

Ganz anders liegt die Sache, wenn Kohle, Getreide und ähnliche Produkte mit ihrem Preise die Basis unseres Lohnes bilden. Ihre Verwendbarkeit als beständigen Wertmesser haben diese Produkte, woran ja auch nicht zu zweifeln war, bereits erbracht, und so gehen neben der privaten Industrie und der Landwirtschaft auch öffentliche Körperschaften dazu über, Anleihen usw. auf dieser Basis auszuscheiden. Die Preiserhöhung dieser Produkte wird allen unmittelbar bekannt, und ebenso unmittelbar könnte ihre Einwirkung auf die Lohnregulierung — ohne jedwemalige umfangreiche und kostspielige Verhandlungen — eintreten.

Daß mein Vorschlag geeignet ist, uns aus der Misere der Gegenwart sofort herauszubringen, soll natürlich keineswegs behauptet werden; wohl aber würde durch ihn zunächst einmal ein weiteres Heruntergleiten des Reallohns vermieden werden, und das wäre zweifellos ein Erfolg, den man im Laufe weiterer Lohnverhandlungen sukzessive so ausbauen könnte, daß wir wieder den Friedensstandard erreichen.

Berlin.

Dito Mahlo.

## Sehen wir den richtigen Weg?

Man kann von seinem Gegner zu Abwehrmaßnahmen gezwungen werden, deren Auswirkungen vorher nicht zu übersehen waren. Sobald man aber zu der Erkenntnis kommt, daß man gerade das Gegenteil von dem erreicht, was beabsichtigt war, hat man die Pflicht, seine Taktik in der Kampfweise zu ändern.

Die geführten Kämpfe um die Lohn erhöhungen sind es, besonders deren Ergebnisse und Wirkungen den realen Tatsachen gegenüber, die uns nicht befriedigen, und deren Ergebnislosigkeit wir alle zu spüren bekommen. Die Gewerkschaften dürfen ihre Kraft nicht mehr verbrauchen zum Zwecke der Lohnhöhung um etliche Papiermark. Es muß um einen Faktor von realem Wert gekämpft werden. Die Löhne müssen nach dem Goldwerte berechnet werden, auf daß die

ganze jämmerliche Entlohnung der deutschen Arbeiter an den Pranger gestellt wird. In Gewerkschaftskreisen war man der Ansicht, daß man durch nominelle Lohn erhöhungen die Arbeiterschaft vor Verelendung bewahrt hat. Das ist ein Irrtum (Ein Irrtum ist der vorausgehende Satz. Red.), jede Lohnhöhung nach Papiermark vermindert die Kaufkraft der Arbeitnehmerschaft und hat als notwendige Folge die Produktionseinschränkung und als weitere die Arbeitslosigkeit. Es soll hiermit nicht gesagt sein, daß die Entlohnung nach Papiermark die alleinige Ursache der Produktionseinschränkung und Arbeitslosigkeit ist, vielmehr ist sie eine Teilercheinung, die wir in der Lage sein müssen, abzuwehren.

Wenn es richtig wäre, daß man durch die getätigte Art der Lohn erhöhungen die Arbeiter vor Verelendung geschützt hätte, so müßte das Ergebnis doch ein andres Bild zeigen als das, welches wir heute bei den Arbeitern vorfinden. Noch ein paar Jahre so, und das deutsche Proletariat ist im wahrsten Sinne des Wortes zum Lumpenproletariat herabgedrückt. Die Periode der vollen Beschäftigung in Deutschland, auf Grund der erbärmlichen Entlohnung der Arbeiterschaft, zeitigte letzten Endes in der Auswirkung kein andres Bild als Verelendung der deutschen Arbeiterschaft, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit.

Die Entwertung der Mark in den letzten Tagen sollte uns zu denken geben. Das ist noch lange nicht das Ende dieses Niederganges, und wenn durch die politische Lage einmal Ruhe in dieser Angelegenheit kommen wird, so wird die Mark so bewertet werden, daß bei der Entlohnung nach Papiermark das Leben sich zur Unerträglichkeit steigert. Unsere Löhne müssen wertbeständig werden. Sätten wir alle Energie, die wir für die Entlohnung nach Papiermark aufbrachten, für die Entlohnung nach dem Goldwert angewandt, so müßten wir heute vor einem ganz anderen Ergebnis stehen. Die Arbeiterschaft hat aus sich heraus oft genug darauf aufmerksam gemacht, und selbst führende Genossen — ich denke an den Genossen Tarnow — haben mehr als einmal zu diesem Problem Stellung genommen.

Die Frage ist nun, hätten wir ein andres Resultat erzielen können, wenn unsere Lohnregulierung nach einem beständigen Wertmesser getätigt war? Die Frage ist mit einem glatten Ja zu beantworten. Die Kaufkraft des einzelnen wäre gehoben, die Warenverschleuderung konnte nicht an das Ausland getätigt werden wie geschah, denn die Ware Arbeitskraft war durch den beständigen Wertmesser ein hemmender Faktor. Wir wären nicht als Lohnbrüder auf dem Weltmarkt erschienen. Man wird einwenden, dann wäre die Arbeitslosigkeit bis zur Unerträglichkeit gestiegen. Sind wir denn heute davor bewahrt geblieben? Durch den Schrecken der Arbeitslosigkeit müssen wir hindurch, aber es ist doch ganz etwas andres, eine Arbeitslosigkeit durchzumachen mit einem beständigen Wertmesser als mit entwerteter Papiermark.

Nun könnte noch die Inflation in das Feld geführt werden. Darauf ist zu sagen, daß wir in der Zeit von einigen Monaten von 1 1/2 Billionen Schulden auf die enorme Summe von fast 10 Billionen geklettert sind. Etwa im Interesse der Arbeiterschaft? Das also sollte unsere Gewerkschaftsführer drängen, die Forderung nach einer wertbeständigen Entlohnung anzuerkennen. Marx läßt seinem Weber folgenden Prozeß im Austausch der Waren vornehmen: 20 Ellen Leinwand = 2 Pfd. Sterling, 2 Pfd. Sterling = 1 Bibel, und sagt nun: 20 Ellen Leinwand haben den gleichen Wert von einer Bibel. Daran wollen wir uns halten! Wir wollen für unsere Ware Arbeitskraft den gleichen Gegenwert erhalten, der es uns ermöglicht, die Ware Arbeitskraft so zu erneuern, daß diese Ware wertbeständig bleibt.

Neukölln.

J. Wouters.

## Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Die Indexziffer hat sich in der Zeit vom 15. April bis Mitte Mai wieder um rund 5 Proz. erhöht. Trotzdem bei den letzten Zulageverhandlungen die Prinzipale 5 Proz. bewilligten, daran aber ganz unbedingte Bedingungen knüpften, ließ sich die Vertretung des Graphischen Kartells doch nicht davon abhalten, eine entsprechende Teuerungsulage zu fordern. Und überraschenderweise ging diesmal die Sache glatt vonstatten, ohne daß die Gefahr vorliegt, das Buchgewerbe würde dadurch zugrunde gehen. Das Zugeständnis von seiten der graphischen Unternehmer beträgt abermals 5 Proz. Die Löhne betragen daher in der Lohnklasse A 161 625 bis 223 325 Kr., in der Lohnklasse B 198 402 bis 273 284 Kr. und in der Lohnklasse C 235 551 bis 328 487 Kr. Da sowohl alle Spartenzuschläge als auch die Entschädigung für die Herstellung der Montag-Griffblätter prozentual festgelegt sind, erfahren diese auch die entsprechende Erhöhung. Die an den Wiener Tageszeitungen beschäftigten Personale erbieten gleichfalls eine Lohnzulage von 5 Proz., die für alle Kategorien erstmalig am 26. Mai auszusahlen war.

Das Einkommensteuergesetz ist abermals reformiert worden. Ab 1. Juni beträgt der Steuerfuß bei einem Tagelohn von 26 303 bis 65 753 Kr. 1 Proz., von 65 754 bis 153 425 Kr. 2 Proz. und von 153 426 Kr. ab 3 Proz.; bei einem Wochenlohn von 184 619 bis 461 541 Kr. 1 Proz., von 461 542 bis 1 076 925 Kr. 2 Proz. und von 1 076 926 Kr. ab 3 Proz. Als steuerfreies Existenzminimum gelten 26 302 Kr. täglich, 184 618 Kr. wöchentlich, 369 236 Kr. bei Doppelwochenlohn und 800 012 Kr. bei Monatseinkommen. Vom versteuerten Einkommen können die Krankenkassen- sowie alle sonstigen verbindlich angeordneten Beiträge (aber nicht Gewerkschafts- und Sparten-

beiträge) in Abzug gebracht werden. Der sich dann ergebende Steuerbetrag kann um je 5 Proz. für die Ehefrau (Wirtschafterin) und für jedes unmündige Kind verfürat werden.

Die allgemeine Arbeitslosenaffäre hat erfreulicherweise eine kleine Abmilderung erfahren, und auch bei den Buchdruckern und Schriftsetzern ist die Zahl der Arbeitslosen in der Berichtswochen vom 19. bis 25. Mai von 773 auf 712 zurückgegangen. Dies dürfte wohl in erster Linie auf ausbilsweise Arbeiten während der Ferienzeit zurückzuführen sein. Auf Drängen der politischen Vertreter der Arbeiterschaft hat die Arbeitslosenunterstützung wiederum eine kleine Aufbesserung erfahren. Sie ist nunmehr abgestuft worden, so daß Familienväter je nach der Anzahl der Kinder berüchtigt werden.

Vor einigen Tagen feierte Kollege Johann Haas, Korrektor in der „Deutsch-österreichischen Tageszeitung“ in Wien, in einer selten anstößigen körperlichen und geistigen Frische das Fest seines 60jährigen Berufsjubiläums. Der Jubilar, der zeitlebens nur an den verschiedensten Zeitungen sich betätigte, war Mitbegründer des Klubs der Zeitungsetzer Wiens und des Klubchors dieser Spartenvereinigung, dessen einziger Überlebender er noch ist. Er bekleidete auch im Laufe der vielen Jahre so manche Vertrauensstelle, so daß er sich auch heute noch großer Sympathien erfreut, die so recht bei der ihm zu Ehren veranstalteten Jubiläumfeier zum Ausdruck kamen.

**Tschechoslowakei.** Die Anzahl der in der tschechoslowakischen Republik erscheinenden Tagesblätter wird auf 93 deutsche und 60 tschechische beziffert. Außerdem erscheinen 50 magyarische Tages- und Wochenblätter. Unter den deutschen Tagesblättern befindet sich zwar eine Reihe von sogenannten Kopfzeitungen, aber immerhin ist der große Prozentsatz an deutschen Tageszeitungen bemerkenswert. Politische Wochenblätter gibt es 347 tschechische, 19 deutsche, 11 anderssprachige. Die Gesamtzahl der politischen Blätter beträgt 698. An unpolitischen gibt es 1408 (875 tschechische, 299 deutsche, 30 magyarische, 176 Neuen, 28 anderssprachige). Die Zahl der gesamten Zeitungen beläuft sich auf 2016. Da die Presse noch immer dem altösterreichischen Pressegesetz untersteht, sind Konfiszierungen von Zeitungen etwas Alltägliches.

**Schweden.** Eine allgemeine schwedische Buchdrucker-tagung findet vom 9. bis 12. Juni in Göteborg statt, wo anlässlich des örtlichen 300-Jahr-Jubiläums eine großartige Ausstellung stattfindet. Der Besuch der sehr repräsentativen Buchdruck- und poligraphischen sowie Papierindustrieteilungen nimmt einen besonderen Platz im Programm ein. Bekanntlich hatten die Buchdruckermeister in derselben Stadt eine internationale Zusammenkunft ab. Das Geseß über den Achtstundentag ist von der Regierung verlängert worden und somit der Anschlag auf diese wichtige Errungenschaft vorläufig abgewehrt. Allerdings sind einige kleinere Verschlechterungen hineingekommen, so u. a. eine, wenn auch geringe, Vermehrung der zulässigen Überstunden.

**Norwegen.** Die Streiklage war bis Ende Mai noch unverändert. Nach vierwöchiger Dauer berief der Schiedsrichter die Parteien zu neuen Verhandlungen am 10. Mai, die jedoch nur vorläufiger Natur waren. Darauf sollten neue Verhandlungen am 17. und 19. Mai stattfinden, sie wurden aber bis nach Pfingsten hinausgeschoben, bis endlich am 29. Mai die abschließende Sitzung stattfand. Die Einigungsversuche des Schiedsrichters führten zu keinem Resultat. Die Unterhändler der Arbeiter hatten folgenden Vorschlag gemacht: „Die Arbeit wird unter der Bedingung aufgenommen, daß die am 1. Oktober 1922 geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen bis 31. März 1924 gelten.“ Die Arbeitgeber lehnten das mit dem Hinweis ab, daß die Annahme dieser Bedingungen eine Lohnerhöhung bedeute, was sie prinzipiell nicht annehmen könnten. (Am 1. Oktober 1922 wurde der Lohn um 4,7 Proz. gekürzt.) Somit ist das Ende des Streiks noch nicht abzusehen. Die Zahl der Streikenden ist fast unverändert. Die Provinzzeitungen helfen sich recht und schlecht mit kleinen Notausgaben, die von verkauften Prinzipalen, Faktoren und schnell herangebildeten Hilfskräften hergestellt werden. Da jedoch der Zustand für die betroffenen Druckereien unhaltbar geworden ist, wird der Arbeitgeberverband nun wohl ernstlich versuchen, ein Ende des Streiks herbeizuführen. Ein Zeichen in dieser Richtung ist die plötzliche Einberufung der Repräsentantenschaft des Arbeitgebervereins. Als Mittel zum oben genannten Zweck dürfte eine Aussperrung anderer Arbeitergruppen angewandt werden. Die meisten andern Tarife, u. a. für das Metall- und das Baugewerbe, sind ohne Arbeitseinstellung abgeschlossen worden.

**Rußland.** Die Verhandlungen über die Veranastaltung einer deutschen Buchausstellung in Moskau sind laut Mitteilung des Ausschusses des Börsenvereins „Deutsche Gesellschaft für Auslandsbuchhandel“ mit der russischen Vertretung in Berlin zum Abschluß gebracht worden. Die Ausstellung, die geisteswissenschaftliche und technische Literatur, Musikbücher und Kunstblätter umfaßt, wird voraussichtlich Mitte Juli eröffnet werden. Fünf große Säle im historischen Museum, nahe dem Kremel, werden zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt.

**Großbritannien.** Das Buchgewerbe Englands befindet sich in einem langsamen Genesungsfortgang. Die Frage der Arbeitslosigkeit ist in den meisten großen Druckorten gegenwärtig weniger brennend als noch vor einigen Monaten. Immerhin ist die Wirtschaftslage im Buchdruckgewerbe vom Normalstande noch weit entfernt. Dauernde Arbeitslosigkeit, höhere gewerkschaftliche Beiträge (alle Organisationen im Buchdruckgewerbe haben es für richtig gehalten,

ihre Mitgliedsbeiträge zu erhöhen) und herabgesetzte Löhne sind die hervorsteckenden Tatsachen der gegenwärtigen Zeitverhältnisse. Die neueste Lohnherabsetzung erfolgte am ersten Zabltag des Monats Mai, und jeder organisierte Buchdrucker ist infolgedessen um 3 Schilling 6 Pence wöchentlich ärmer als vorher. In diesem Zusammenhange sei darüber berichtet, daß die Ziffer der Lebenshaltungskosten in England im vorigen Monat um weitere acht Punkte gefallen ist. Das ist zwar zu begrüßen, aber wirkliche Befriedigung darüber ist bei den Buchdruckern erst dann gegeben, wenn ihre in dem nationalen Tarifvertrag vereinbarten Löhne bis Ende des laufenden Jahres unverändert bestehen bleiben.

Die Frage der Beschäftigung von weiblichen Korrektoren in „closed“-Druckereien, das heißt solchen, in denen nur organisierte Buchdrucker beschäftigt sind, ist in der Provinz wieder aktuell geworden. Während der Kriegszeit wurden viele weibliche Hilfskräfte mit Korrektorenlesen in den Druckereien beschäftigt und einige von ihnen blieben auch nach dem Kriege in ihren Stellungen. Die Aufmerksamkeit der Prinzipalsorganisation wurde vor kurzem wieder von der Gehilfenschaft auf den unhaltbaren Zustand gelenkt, und die Prinzipale gaben das Versprechen ab, die Angelegenheit, wenn möglich, bei der Neuordnung der Arbeitsbedingungen für den Provinzverband in Ordnung zu bringen.

Die Postgebühren für ausländische Briefe sollen nach den neuen Vorschlägen von 3 Pence auf 2½ Pence herabgesetzt werden. Im allgemeinen wird die Herabsetzung der postalischen Gebührensätze von den englischen Buchdruckern sehr willkommen geheißen, weil man sich davon eine lebhaftere Nachfrage nach Druckfachen verspricht.

Die Beschäftigung in reinen Setzungen betrieben ist im großen und ganzen eine sehr düstere zu nennen. Vor kurzer Zeit erschien unter dem Titel „The Newsmen“ ein neues Blatt, das gänzlich den Interessen der Zeitungsarbeiter gewidmet sein soll. Die erste Nummer war inhaltlich lobenswert und legte die Ideale und Hoffnungen der Zeitungsarbeiter, dieses bedeutungsvollen Zweiges des englischen Buchdruckgewerbes, an den Tag.

**Frankreich.** Witterungsmeldungen aus Paris zufolge haben die Seher der Pariser Tageszeitungen einmütig beschlossen, eine Lohnerhöhung von 3 Fr. täglich zu fordern. Gemäßigte und kommunistische Gewerkschaften wollen bezüglich dieser Forderung vernünftigerweise die Einheitsfront wahren. Die Antwort der Druckereibesitzer und Zeitungsverleger wurde für den 4. Juni erwartet. Bis zur Stunde ist uns nichts Näheres darüber bekannt geworden.

**Spanien.** In Nr. 50 veröffentlichten wir uns direkt zugegangene Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in einigen spanischen Städten. Dabei wurde von unserm Gewährsmann u. a. erwähnt, daß in einem von der Firma Alstein (Berlin) eingerichteten Betrieb ein deutscher Seher für nur 250 Pes. angefangen haben soll. Dazu erhielten wir von der genannten jetzt eine Richtigstellung, die besagt, daß die Angabe irrtümlich wäre, daß Seher nach Santander von ihr mit 250 Pes. verpflichtet worden wären. Der geringste Gehaltsatz, der von der Alstein-Gesellschaft in Santander gezahlt wird, betrage 350 Pes. monatlich, was durchaus im Rahmen der vertraglichen Abmachungen liege, die ein Mindestgehalt von wenigstens 10 Proz. über Ortstarif vorschreiben. Obwohl wir nicht in der Lage sind, die uns gemachten Angaben nachzuprüfen, nehmen wir Notiz von der Richtigstellung der Firma Alstein (Berlin). Unser spanischer Gewährsmann wird aber hoffentlich Gelegenheit nehmen, der Sache nachzugehen.

## Korrespondenzen

**Annaberg.** Am 27. Mai fand in Annaberg eine Bezirksversammlung für die Orte Annaberg, Buchholz, Schleitau, Scheibenberg, Geyer, Oberwiesenthal, Crottendorf, Ehrenfriedersdorf und Thum statt. Bei der wichtigen Versammlung wäre eine bessere Beteiligung angebracht gewesen. Vertreten waren fast alle Orte. Den Hauptpunkt der Versammlung bildete ein sehr interessanter und lehrreicher Vortrag unsres Gauvorstehers Dertelt (Chemnitz) über: „Der Organisationsstärkung und seine Auswirkung“, der von den Kollegen mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen wurde. In der Diskussion, die sehr sachlich war, wurde hauptsächlich an der Feiertagsbezahlung und der Ferienfrage Kritik geübt. Sehr eingehend befaßte man sich mit der Frage der Kurzarbeit. Kollege Dertelt gab in seinem Schlusswort jedem einzelnen Kollegen genaue Auskunft über die Fragen, die an ihn gerichtet waren. Weiter wurde dann noch über die Gewerbegerichts-Klage der Mitgliedschaft Annaberg-Buchholz gegen sämtliche Buchdruckereibesitzer Bericht erstattet. Grund zur Klage bildete der neue Ortsaufschlag. Die Prinzipale hier sind immer der Ansicht, daß Annaberg-Buchholz sich außerhalb des großen Ganges bewegen soll. Für sie soll es immer eine Extrawurst geben. Wir sind der Ansicht, daß sie es für diesmal mit der Glucksdämonin verdoeben haben, denn die Mitgliedschaft steht fest entschlossen da, und wenn es gilt, auch im Kampf.

**Bamberg.** Der Bezirksverein Bamberg hält am 17. Juni in Staffelsein eine Bezirksversammlung ab. Des Morgens findet Spaziergang nach Berzahnheiligen und Staffelsein statt. Um 11 Uhr Versammlung bei Britting in Staffelsein, ab 3 Uhr Johannisfeier. Die Bezirksmitglieder werden ersucht, die jetzt so seltene Gelegenheit zu einer Zusammenkunft voll auszunutzen.

**Berlin. (Schriftsetzer.)** Die am 23. Mai abgehaltene Vereinsversammlung beschäftigte sich nach Erledigung der „Vereinsmitteilungen“ mit dem am 31. Dezember d. J. ablaufenden Tarif. Nachdem der Akkordtarif besprochen und Änderungen vorgenommen wurden, gingen noch eilige Anträge zum Manteltarif ein. Ein Antrag auf Einführung der Lohnarbeit wurde von der Versammlung abgelehnt. Sodann wurde die Wahl der Delegierten zur Schriftsetzerkonferenz vorgenommen.

**Frankfurt (Ober).** Am 27. Mai fand ein Bezirksdelegiertenrat statt. Der Gesangverein „Lyographia“ leitete denselben durch zweilieder ein. Als Referent war unser Gauvorsitzer Reineke (Stettin) gewonnen. Selbiger hielt einen der Zeit entsprechenden, sehr interessanten Vortrag, an welchen sich die Aussprache über die tariflichen Verhältnisse in den einzelnen Orten angeschlossen. Leider, wie auch dies in andern Bezirken der Fall ist, wurde auch hier über das unkollegiale Verhalten eifriger Kollegen Klage geführt. So z. B. seien die Orte Keppen und Soldin genannt, wo im letzteren Orte in einer Landbündendruckerei ein Kollege sich dazu hergab, eine vierwöchentliche Schließung in Bornsdorf abzuholen, außerdem nimmt er an jeder festlichen Veranstaltung seiner Partei, geschmückt mit deren Abzeichen, teil, andererseits seien auch einzelne Daser, z. B. Landsberg a. M., vorhanden. In seinem Schlusswort hat unser Gauvorsitzer die anwesenden Delegierten, in ihren Ortsvereinen nie zu erlassen und zum Wohle des Verbandes mitzuarbeiten. Den Kassenbericht gab Kollege Müller. Selbiger bat, zur besseren Finanzierung der Kasse den Bezirksbeitrag auf 5 Proz. vom Verbandsbeitrag zu erhöhen; beschlossen wurde aber, 10 Proz. zu erheben. Als Ort für den im Herbst bestimmt abzuhaltenden Bezirkstag wurde Küstrin gewählt.

**Hannover. (Drucker.)** Zu der Versammlung am 17. Mai hatten wir eine Ausstellung von Linoleumdrucken veranstaltet, die eines weit besseren Besuchs seitens der Kollegenschaft wert gewesen wäre. In der anschließenden Versammlung hielt nach Erörung zweier 50-jähriger Berufsjubilare, Einführung der neuangelernten Kollegen und Erledigung der Vereinsmitteilungen unser Obmann der Lehrnischen Kommission einen Vortrag über den Linoleumdruck. Mit Recht konnte er auf die ausgestellten Magdeburger Drucke hinweisen, die durch ihre vorzügliche Ausführung allgemeine Anerkennung fanden. Möge diese Veranstaltung mit dazu beitragen, daß der Linoleumdruck auch hier am Orte mehr gepflegt wird. Den Punkt „Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Drucker“ behandelte unser Vorsitzender. In Hand der kritisch aufgenommenen Statistik mußte festgestellt werden, daß die sogenannte Leistungszulage für ihre alljährlichen Empfänger vollständig an Bedeutung verloren hat. Nur ein verschwindend geringer Kreis von Druckern hat es verstanden, einigermaßen Schritt zu halten dadurch, daß sie sich ihre Leistungszulage in einen Prozentsatz richteten; die Höhe bewegt sich hier von 2½ bis 25 Proz. auf den jeweiligen Wochenlohn. Scharfer Unwille erregte die Einstellung maßgebender Instanzen gegenüber unserer berechtigten Forderung nach einer Kleiderverleihszulage. Ein Antrag auf Erstattung einer solchen von 15 Proz. für Flach- und 20 Proz. für Rotationsdrucker wird den zuständigen Instanzen übergeben. Die Abhaltung der Kreisvorsitzendenkonferenz wurde allgemein im Interesse unserer Bewegung bejaht. Im Juni findet eine Besichtigung der Papierfabrik Lachendorf statt.

**Seibronn a. N.** In unserer Mitgliederversammlung kam einstimmig zum Ausdruck, daß die Lohnzulage vom 24./25. Mai nicht zuzulassen ist, namentlich die Festsetzung der Abmachungen auf drei Wochen ganz und gar nicht zu verstehen ist. Bei der diesjährigen Beurlaubungsverteilung (16 Prüflinge) wurde die Note „Genügend“ dreizehn, „Bislang gut“ vier, „Gut“ sieben und „Recht gut“ zweimal erteilt. Die Beurlaubungsanzahl ist gegenüber den Vorjahren stark zurückgegangen. Zum Besten der Kurzarbeitenden, Invaliden usw. wird von den Volkbeschäftigten eine Extrasteuer von 100 M. erhoben. Mit der Bezirksversammlung in Obringen soll gleichzeitig das Bezirksjohannisfest gefeiert werden.

**Krefeld.** Die Versammlung am 4. Juni nahm nach Entgegennahme geschäftlicher Mitteilungen Stellung zu dem Lohnabkommen vom 24./25. Mai. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die Berliner Lohnverhandlungen den besonderen Nöten des besetzten Gebietes nicht im entferntesten Rechnung tragen, forderte die Versammlung entschieden, daß für die Zeit der anormalen Verhältnisse für das Gebiet des Kreises II gesonderte Lohnverhandlungen geführt werden. Haben wir doch hier zu verzeichnen, daß die Spitzenlöhne anderer Berufsgruppen zur Zeit bis zu 4800 M. gehen, während die Buchdrucker in der Spitze — einschließlich 8000 M. ortsliches Abkommen — 2544 M. die Stunde erhalten. Scharf verurteilt wurde auch die Dauer des Abkommens. Die allgemeine Unzufriedenheit fand nach ausgiebiger Aussprache ihren Niederschlag in einer Resolution, laut der die Versammlung die Bemühungen der Gehilfenvertreter zur Hebung der überaus traurigen Lage der Arbeitnehmer im Buchdruckgewerbe anerkennt, erklärt aber, daß das am 25. Mai zustande gekommene Lohnabkommen durch die fortschreitende Geldentwertung weit überholt ist. Es seien sofort neue Verhandlungen für den Kreis II einzuleiten. Von den Gehilfenvertretern werde erwartet, daß sie eine 75prozentige Lohnerrhöhung durchdrücken. Die Versammlung beschloß ferner, ein Stimmungsbild der Tagung in der Arbeiterpresse zu veröffentlichen, um die Öffentlichkeit auf die elende Lage der Buchdrucker aufmerksam zu machen. Der Ortsverein Krefeld kann in diesem Sommer auf ein 40-jähriges und der Bezirk auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß soll eine würdige Festversammlung stattfinden. Das Johannist-

fest wird der Ortsverein durch einen Ausflug feiern. Den Versammlungsschwänzern sei auch an dieser Stelle gesagt, daß unsere Verhältnisse nicht durch Indifferenz und Schimpfen auf die Gehilfenvertreter gehoben werden, sondern nur durch tätige Anteilnahme am gewerkschaftlichen Leben.

**Wesel.** Die Bezirksversammlung am 3. Juni war auf besucht. Grevesmühlen war sogar vollständig erschienen, nur Schönberg infolge von Zwistigkeiten innerhalb der Mitgliedschaft aus Anlaß des Verfürstarbeitens nur mit wenigen Mitgliedern vertreten. Mit der Versammlung verbunden war eine Zusammenkunft der Jungbuchdrucker des Bezirks Cutin und des Bezirks Lübeck. Auch der Gauvorsitzer unseres Nachbargaues, Kollege Prüiter (Kiel), war anwesend. Eingeleitet war die Versammlung durch Vorträge der Graphischen Lieberliefel. Vorsitzender Georgi streifte das neue Lohnabkommen, wies hin auf die lange Dauer und gab der Superstich Ausdruck, daß der Verbandsvorstand alles in Bewegung setzen werde, um zu einem früheren Termin ein neues Abkommen zu treffen. Bei dem Bericht aus den Bezirksorten ist von Lübeck erwähnenswert, daß bei einem Mitgliederstand von 212 seit zwei Monaten die Zahl der Arbeitslosen (24) die gleiche geblieben ist, daß aber die Kurzarbeit in demselben Zeitraum fast verschwunden ist. Augenblicklich arbeiten 8 Mitglieder in andern Berufen. Ostern 1923 verließen 12 Lehrlinge die Lehre, nur vier aber traten neu in den Beruf ein. Von den 12 Ausgelernten sind jedoch nur noch 3 im Beruf tätig. Während die Lehrlingsabteilung bei der Gründung 40 Mitglieder zählte, sind jetzt nur noch 17 vorhanden. Wegen der Bezahlung der Feiertage sei in Lübeck keine Einigung erreicht worden, und da das Reichsschiedsamt sich in der Sache nicht für zuständig erklärte, ist der 1. Mai, trotzdem er ein gesetzlicher Feiertag ist, nicht bezahlt worden. Der Vorsitzende bedauerte, daß im Tarifverträge keine Instanz vorhanden sei, um diese Sache zu entscheiden. Dann hielt unser Gauvorsitzer Da h u d e ein Referat über „Wirtschaftentag und Arbeitszeitgesetz“. Er forderte zum Schlusse die Anwesenden auf, jeder zu seinem Teile dazu beizutragen, daß an dem Wirtschaftentag nicht gerüttelt werde. Der Vortragende enterte für seine gutdurchdachten Ausführungen starken Beifall. Anschließend an die Versammlung fand eine Besichtigung der Stadtbibliothek unter fachmännischer Führung statt. Die Beteiligung war so groß, daß die Lübecker aufgefordert wurden, für dieses Mal zu verzichten.

**Mannheim.** In der Bezirksversammlung am 2. Juni gelangten sechs Kollegen zur Aufnahme. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erstattete Kollege Ernst Kraft Bericht über die Lohnverhandlungen am 24./25. Mai, Streiklichter auf die vorgehenden wertend und darzutun, wie die erneut grundstürzenden Verhältnisse in unserem Wirtschaftsleben diesen anfänglich einigermaßen befriedigend erscheinenden Lohnabschluß wieder illusorisch machten. Stetiger Unmut machte sich allseitig in der Diskussion unter den Kollegen bemerkbar, der um so berechtigter ist, als der Lohn des Buchdruckers bis zu 100 Proz. seitens anderer Arbeiterkategorien hier überholt ist, der Brotpreis eine Verdreifachung erfuhr und ein Teil unserer Kollegen bei dieser traurigen Entlohnung noch überdies mit Kurzarbeit bedacht ist. Der Wille der Versammlung verdrängte sich dahingehend, daß alle Maßnahmen ergriffen werden müßten, um sofort neue Lohnverhandlungen anzubahnen, wenn von einem örtlichen Vorgesetzten Abstand genommen werden soll. Das Ergebnis müßte am 3. Juni gefällig werden; für die Zeit vom 27. Mai bis 2. Juni müßte eine Nachzahlung als Ausgleich erfolgen. — Eine am 4. Juni stattgehabte Versammlung aller Vertrauensleute hat nochmals bezüglich der Lohnfrage über alle sich notwendig machenden Maßnahmen beraten, da eine Sonderzulage von 2 Proz. bzw. 2080 M. kein Ausgleich für die hier bestehende Übertreibung ist.

**Nordensham i. Oldb.** Die am 4. Juni abgehaltene Ortsvereinsversammlung nahm Stellung zum letzten Lohnabkommen und nahm einstimmig eine Entschiedenheit an, daß das Resultat der (vor)letzten Lohnverhandlungen gänzlich unzureichend ist. Die fortgesetzte Steigerung aller Bedarfsgegenstände erfordert sofortige neue Lohnverhandlungen. Der Ortsverein Nordensham fordert deshalb den Verbandsvorstand auf, sofort Schritte zu unternehmen, um zu erreichen, daß auch den Buchdruckern eine Entlohnung zuteil wird, wie andre Arbeiterkategorien sie erhalten. Weiter machte der Vorsitzende Hünische noch bekannt, daß die Tour Leer-Geestemünde bereits seit längerer Zeit aufgehoben ist wegen der hohen Überfabrikkosten. Trotzdem kommen immer wieder Reisende, die dann hier angekommen sind, vor dem Dampfer stehen und kein Geld besitzen. Die Reisenden seien deshalb auf die Aufhebung dieser Reisetour aufmerksam gemacht.

**Wesert.** Die Versammlung vom 28. Mai verurteilte ganz entschieden das letzte Lohnabkommen, lehnte es als gänzlich ungenügend ab und verlangte sofortige Kündigung des Abkommens. Da die bisherigen Lohnabschlüsse in keiner Weise den Verhältnissen der besetzten Gebiete Rechnung tragen, wurde beim Gauvorstand beantragt, für die Zeit der besonderen Verhältnisse sich von den zentralen Lohnverhandlungen frei zu machen und für den gesamten Kreis II und die Orte der besetzten Gebiete des Kreises III gesonderte Verhandlungen zu führen. Zur Durchführung stelle sich die Gehilfenchaft geschlossen hinter den Gauvorstand. Ferner wurde Protest eingelegt gegen die Verteilung der Prinzipalorganisation des Kreises II, die ihre Mitglieder entzogen § 4a Abs. 6 des Tarifs an freiwilligen höheren Leistungen verhindert.

### Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

**Seher Carl Swoboda**, geb. in Regensburg: 50jähriges Berufsjubiläum. Lebige Kondition: Joseph Kösel & Friedrich Pustet, Verlagsabteilung, in Regensburg.  
**Drucker Georg Schüb**, geb. in Netten: 50jähriges Berufsjubiläum. Lebige Kondition: Joseph Kösel & Friedrich Pustet, Verlagsabteilung, in Regensburg.  
**Rotationsdrucker Franz Gruber** in München, 7. Juni: 50jähriges Berufsjubiläum. Lebige Kondition: Franische Buchdruckerei (G. Emil Mayer) in München.

## Allgemeine Rundschau

**Meisterprüfung.** Vor der Handwerkskammer Düsseldorf bestanden die Kollegen Willi Beyer aus Düsseldorf, Hermann Strakmann aus Essen und Anton Müller aus Rheidt die Meisterprüfung.

**Lohnhöhung im Buchbindergewerbe.** Das am 25. Mai abgeschlossene, bis 13. Juni geltende Lohnabkommen wurde infolge der tiefen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung auf Betreiben des Buchbinderverbandes am 6. Juni bereits einer Revision unterzogen. Dabei wurde von den Unternehmern der Loh vom 7. Juni an eine allgemeine Lohnaufgabe von 50 Proz. auf die derzeitigen Löhne ausgesetzt, so daß der Spitzenlohn für verheiratete Gehilfen in Ortsklasse I (Berlin) nunmehr 3150 M. und in Ortsklasse II (Leipzig) 3056 M. pro Stunde beträgt. Am 14. Juni sollen neue Verhandlungen stattfinden.

**Sinnes als Zeitungskönig.** Wie in der Tagespresse mitgeteilt wird, hat Hugo Sinnes, der Allgewaltige der Volkspartei und des Reichsverbandes der Industrie, vor wenigen Wochen auch das Blatt der Orgesch in Frankfurt a. M., die „Frankfurter Nachrichten“, für 300 Millionen Mark erworben. Von Frankfurt aus beabsichtigt der deutsche Zeitungskönig ganz Süd- und Mitteldeutschland mit Presseerzeugnissen zu versehen bzw. im Sinne der Schwerindustrie zu bearbeiten. Die Druckerei der „Frankfurter Nachrichten“ soll in aller Kürze 25 bis 30 neue Zeitungen (Kopfszeitungen) herstellen, die Süd- und Mitteldeutschland überschwemmen. Derartige Kopfsblätter des Frankfurter Sinnes-Organs bestehen bereits für Heidelberg und Fulda. Wie wir über die zunehmende schwerindustrielle Kapitalkonzentration in deutschen Zeitungsgewerbe denken und welche Gefahren für die unabhängige Presse daraus erwachsen, das haben wir erst lektin unumwunden ausgesprochen. Nicht um große Gewinne zu machen, sondern um durch die Macht der Presse die öffentliche Meinung in seinem Sinne zu beeinflussen, kauft Sinnes bestehende Zeitungen auf oder geht zu Neugründungen über.

**Millionenmarktscheine?** Berliner Mittagsblätter wukten von einer demnächstigen Herausgabe eines Millionenmarktscheins zu melden. Dazu wurde indes weiter mitgeteilt, daß die Reichsbank zwar auf alle Eventualitäten, die sich aus der jüngsten Marktentwertung ergeben, zwar eingestellt sei, doch dürfte zur Zeit die Notwendigkeit zur Schaffung von Millionenmarktscheinen noch nicht gegeben sein. Der Notenbedarf könne und werde mit den vorhandenen Hunderttausenden genügend gedeckt werden. Außerdem steht die Ausgabe der 500 000-Mark-Note bevor. Diese werden laut Mitteilung der Reichsdruckerei nicht in Kupfertiefdruck, sondern in Buchdruck hergestellt werden.

**Großer Geldscheindiebstahl in der Reichsdruckerei.** Durch Anschlag wurde in den Betrieben der Reichsdruckerei bekanntgegeben, daß dort für 500 Millionen Mark Fünftausendmarktscheine gestohlen worden sind. Für Wiederbeschaffung der Scheine oder Namhaftmachung des Diebes oder der Diebe ist eine Belohnung von einer Million Mark ausgesetzt worden. Die Scheine waren zum Teil schon numeriert, zum Teil noch ohne Kontrollnummer. Das ist aber für die Verwendbarkeit dieser Diebesbeute leider gleichgültig. Die Kontrollnummer läßt sich mittels Gummistempels nachtragen, und kein Mensch kann dann ohne weiteres sehen, ob sie echt oder unecht ist. Auch eine Verfälscherklärung der schon numerierten Scheine ist nicht möglich. Erfahrungen, die man mit solchen Verfahren bei den Franzosenräubereien im Ruhrgebiet gemacht hat, beweisen, daß die Diskreditierung einzelner Serien die Verweigerung der Annahme sämtlicher Scheine gleicher Wertstufe und damit eine unheilvolle Erschwerung des Zahlungsverkehrs zur Folge hat. Wohl oder übel wird die Reichsdruckerei bzw. die Volksgemeinschaft die halbe Milliarde als Verlust zu buchen haben, wenn es nicht gelingt, den Dieben ihre Beute abzulagern.

**Die Arbeitslosigkeit in Deutschland im April 1923.** Der Arbeitsmarkt im April wies nach dem „Reichsarbeitsmarkt“ gewisse Anzeichen von Besserung auf, die mit dem Marksturz zusammenhängen. Das bezieht sich jedoch nicht dazu, von einer nachhaltigen Besserung der Gesamtlage zu sprechen. Die Krankenkassen, von denen 5063 (im Vormonat 5680) berichtet, hatten eine Zunahme der Pflichtversicherten (d. h. der Beschäftigten) um 221 454 zu verzeichnen, und zwar von 11 734 092 am 1. April auf 11 955 546 am 1. Mai. Die Arbeitsnachweise meldeten zwar noch immer zunehmende Zahlen, doch machte sich in einer Anzahl wichtiger Berufsgruppen auch eine gewisse Steigerung des Angebots an offenen Stellen bemerkbar. Insgesamt wurden gemeldet 1 162 403 Arbeitsgesuche, 423 322 Stellenangebote und 257 193 Vermittlungen. Die Kursarbeit scheint noch immer im Steigen begriffen. Bei den 38 berichtenden

Verbänden arbeiteten von 5 337 712 durch die Statistik erfaßten Mitgliebern 1 519 155 oder 28,5 Proz. verlor (im März 23,6 Proz.). Die Statistik der unterstützten Erwerbslosen läßt ebenfalls eine weitere Verschlechterung erkennen. Es fehlen, wie im Vormonat, die Meldungen aus dem Rheinland. In Volkserwerbslosen wurden am 1. Mai insgesamt 291 511 (im Vormonat 243 986) Personen unterstützt. Die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden (Gewerkschaften) weist noch immer eine Steigerung auf. In 42 berichtenden Verbänden waren am Stichtage von 5 963 567 statistisch erfaßten Mitgliebern 419 858 oder 7 Proz. arbeitslos (im Vormonat 5,6 Proz.). Für die graphische Industrie ergab sich folgendes Bild:

Arbeitslosigkeit der graphischen Fachverbände in Deutschland

Monat	Verband Deutsch- Buch- drucker	Hilfs- arbeiter- verband		Litho- graphen und Steindrucker		Buchbinder		Zentral- verband (Druck)		Gesamtheit aller deutschen Fachverbände		
		Proz.	M.	M.	W.	Proz.	M.	W.	Proz.	M.	W.	
1922												
Jan.	1,3	1,2	0,6	0,9	3,5	1,5	0,9	0,8	0,1	0,0	3,8	1,7
Febr.	1,7	1,1	0,9	0,6	2,1	1,0	0,8	1,2	0,2	0,1	5,1	1,7
März	1,7	1,6	0,8	0,9	3,2	0,8	0,6	1,3	0,4	0,2	3,2	0,9
April	1,9	1,1	0,9	0,6	0,8	0,9	0,8	1,9	0,2	0,2	0,9	0,8
Mai	1,5	0,6	0,6	0,5	—	0,6	0,5	—	0,2	0,0	0,6	0,8
Juni	1,4	0,6	0,9	0,6	—	0,6	0,7	—	0,1	0,0	0,5	1,0
Juli	1,6	0,7	0,7	0,5	2,6	0,8	0,8	1,5	0,1	0,0	0,5	0,8
Aug.	2,0	0,5	0,9	0,7	4,5	0,8	0,8	2,2	0,1	0,1	0,5	1,1
Sept.	4,0	1,5	1,2	1,1	8,5	1,2	1,0	3,3	0,2	0,7	0,6	1,4
Ok.	5,8	1,7	1,5	3,0	4,0	1,4	1,9	4,5	0,6	0,1	1,1	2,4
Nov.	7,7	1,8	—	—	—	—	—	4,5	0,5	—	2,0	—
Dez.	8,0	2,5	—	—	—	—	—	3,6	—	—	2,8	—
1923												
Jan.	8,4	2,6	—	—	—	—	—	3,0	—	—	4,4	—
Febr.	8,4	2,8	—	—	—	—	—	3,0	—	—	5,7	—
März	11,3	3,1	—	—	—	—	—	5,2	—	—	5,7	—
April	11,4	8,3	—	—	—	—	—	8,7	—	—	7,0	—

**Die Not der Erwerbslosen.** Die Unterstützungssätze für Erwerbslose sind zuletzt mit Wirkung vom 14. Mai an erhöht worden. Heute aber müssen sie bereits als entwertet gelten. Die fürchtbare Preissteigerung hat besonders die Massentonnarmittel, wie Brot, Kartoffeln, Margarine, erfasst. Ganz zu Schweigen von Fleisch, das ohnehin kaum auf den Tisch der Arbeitslosen kommen wird. Es darf niemanden, am wenigsten die Regierung wundern, wenn dumpfe Verzweiflung die Massen der Arbeitslosen paßt und sie nur zu leicht zum Werkzeug gewissenloser Propagandisten macht. Können diese den Arbeitslosen auch nur die Möglichkeit einer gewaltsamen Lösung vorkaulen, wissend, daß dieses Gaukelspiel elendester Betrug ist, so bereiten ihnen die Not der Massen doch den Boden für ihre Politik. Es muß den Arbeitslosen geholfen werden; einmal durch vermehrte Notstandsarbeiten zu erträglichen Löhnen und weiter durch Erhöhung der Unterstützungssätze. In diesem Sinne hat sich der Vorstand des A.D.W. erneut an die Reichsregierung gewandt und verlangt, daß die Unterstützungssätze schnellstens entsprechend den Teuerungsverhältnissen ausgebaut werden. Eine Neuregelung steht bevor, aber sie muß auch so ausfallen, daß sie wirklich befriedigend kann.

**Teuerungsunruhen in Leipzig.** An den drei ersten Tagen der vorigen Woche hat es auch in der großen Pleiße Stadt, die noch ganz unbedenklicherweise in dem Genuß ihrer früheren Billigkeit steht, während hier Überteuering und Wucher in ganz raffinierter und wenig behinderter Weise getrieben werden, Zusammenläufe gegeben und auch Zusammenstöße mit der Polizei, deren Leiter seit kurzem ein sehr besonnener Sozialdemokrat ist. Wenn gleich der wahrlich nicht zuletzt von den Diktatoren der deutschen Wirtschaft angelegte riesenhafte Marksturz wie die Entfesselungen von der Zwangswirtschaft durch die bürgerliche Arbeitgemeinschaft im Reichstage Verzweiflungsausbrüche hervorrufen können, so ist doch zu unterscheiden, wer dagegen protestiert und wie dagegen demonstriert wird. Für Leipzig kann gesagt werden, daß Sozialdemokratie, Gewerkschaftskartell und „Leipziger Volkszeitung“ auf wuchtige Massendemonstrationen, die sich auch gegen das die Arbeiterschaft schwer schädigende „Garantieangebot“ des Reichsverbandes der deutschen Industrie richteten, bedacht waren. Die Kommunisten dagegen schienen die in Dresden und Wachen noch verhältnismäßig glimpflich verlaufenen Teuerungsunruhen in Leipzig „weiter-treiben“ zu wollen. Am 6. Juni kam der Höhepunkt nach dem auf dem großen Augustusplatz, dem traditionellen Leipziger Demonstrationsgelände, abgehaltenen Protest der USPD, und des Gewerkschaftskartells. Die schlimmsten Viertel von Leipzig traten in Aktion, Provokateure von ganz rechts und von ganz links hekten die Masse auf, antisemitische Zubenreißer waren ebenfalls aktiv. Der in großer Zahl aufgebotene sozialdemokratische Ordnungsdienst konnte die Absperrung nicht mehr halten. Einige vernünftige zurebende Kommunisten vermochten auch nichts mehr auszurichten. Die Polizei wurde verhöhnt und bedrängt. Als dann ein Schuß aus der Menge fiel, war die Explosion da. Dem kurzen Feuer der Polizei fielen drei Männer zum Opfer. Außerdem wurde ein Wachtmeister der Landespolizei mit seinem eigenen Seitengewehr erstochen. Unter den sieben Schwerwundenen ist der 22jährige Galvanoplastiker Kurt Herrmann inzwischen seinen Verletzungen erlegen. Der bedauerwerte Kollege hat vor dem Hauptpostamt einen Schuß in den Hinterkopf erhalten. 41 Personen sind leicht verwundet. Die „L. V.“ erging sich in den schürffsten Ausbrüchen über die Kommunisten einerseits und die aus den schlimmsten Vierteln Leipzigs aufgebotenen Radauleute sowie die faschistischen

Anführer anderseits. Was in Leipzig alles am Werke war, zeigte auch der Umstand, daß am 5. Juni das Volkshaus durch ein großes Polizeit...

Warnung vor schwindelhaften Heuerbureaus. In letzter Zeit häufen sich die Beschwerden über Schwindler, die im Binnenlande Arbeiter...

Briefkasten

S. M. in B.: Sie glauben auch, eine Anzeige damit ersparen zu können. Es geht aber nicht an, die Benennung solcher Hintertüren zu gestatten...

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191

1800 Mark beträgt der Verbandsbeitrag in der 24. Beitragswoche (10. 6. bis 16. 6. 1923). Dazu kommen noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge...

Barmen. Die Geher Paul Kullmann, Barmen (Hauptbuchnummer 121229), Rudolf Habbe, Barmen (115730) der Bruder Wilhelm Breibenbach, Rastfeld...

Verammlungskalender

Mannberg-Buchholz. Versammlung Sonnabend, den 16. Juni, abends 8 Uhr, im Schubert's Restaurant in Buchholz, Kirchstraße.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Seite 50 Mark für Verleins, Arbeitsmarkt, Fortbildungs- und Todesanzeigen...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag mit erster Postbestellung für die jeweils nächstfolgende Nummer.

Achtung Setzmaschinenbetriebe! Betriebssicherheit u. Materialersparnis

gowährleisten der lauge, bewegliche Finger (D 688) und das federnde Gelenk (D 617) für Matrixzellenabförd.-Schlitten, Beldo Neuerungen...

Egal wohin! In- oder Ausland! Junger, strebsamer Galvanoplastiker

23 Jahre alt, mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, welcher auch in der Stereotypie bewandert ist...

Rund- und Flachstereotypen

28 Jahre, ledig, sucht Stellung, ganz gleich wohin. Volkommen perfekt für Zeitung, Akzidenz und Zettelschnitt...

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen Linotypsetzer

wegen Krankheit des jetzigen sofort in dauernde Stellung gesucht. Angebote erbittet Wilhelm. Generalanzeiger

Maschinenmeister

für In- und Auslande mit Königs-Wagenanleger, im Werk- und Illustrationsdruckbereichs zuverlässig, sofort gesucht.

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen Illustrationsdrucker

der auf feinste Autotypien und Farbendrucke eingeberichtet ist. Er wollen sich nur erstklassige Kräfte melden.

Akzidenzsetzer

tätigste, zuverlässige Kraft, 39 Jahre alt, ledig, sucht Arbeitsplatz, wo Emporarbeit möglich. Beste Zeugnisse.

Schriftgießer

perfekt an Fowler-Steinsetzmaschine, wünscht sich zu verewandern. Offerten unter Nr. 565 an die Geschäftsstelle d. B. M.

Bezirksverein Bamberg Versammlung

am Sonntag, 17. Juni, vormittags 11 Uhr, bei Brülling in Staffeln.

Johanniseier

Männerchöre + Konzert Zu diesen Veranstaltungen werden alle dem Bezirk angehörenden Mitgliedschaften...

Brandenburgischer Maschinenfehrverein

Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Klubhaus“, Ohmstraße 2: Versammlung

Neu erschienen: „Der Harmonien-Sucher“

1923. Ein praktischer Ratgeber für farbige Druckarbeiten / in Anwendung des 24 teiligen Farbtonkreises nach Prof. Ohmrad. 2 Ausgaben: A 1 Farbtonkreis 1500 M.

Spezial- Fernkurse

für: „Korr.“ Nr. 44 und 48

Schm. Handwerkszeuge für Buchdrucker, Gauschbriefe, Farb. Nadeln, Graph. Verstandhaus, Ch. Zebius Nachf., Stuttgart, Immenhöfer Str. 4.

Johanniseierprologe

sechs an der Zahl, erscheinen im Verlag K. Eiegel, München 9. Bitte rechtz. best., postfr. 250 M.

Suche die Adresse des Schriftsetzers

Wilhelm Breitkopf geboren im August 1878. Max Kelle, Bäckermeister, Magdeburger-S., St. Michaelisstraße 15.

Buchdruckerlehre, Dierzfel, Coukurbänd. Schlip- und Verbandsnadeln, Werkzeugkasten

verfälschbar, sowie sämtliche Werkz. f. Maschinenwerk- und Gezer empf. i. best. Qual. Roll. Max Böhl, Leipzig-Städt., Papiernüßstraße 6 II. Preisliste gegen Rückporto.

Russisches Hilfsbuch zum Gebrauch f. Schriftsetzer, Korrektoren und verm. Berufs.

von H. Werneck in d. Grundzahl 90 M., Schlüssel 3000 (Porto 100 M.). Verlag: Bildungsverband d. Dtsch. Buchdrucker, Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Verbandsnadel

(W. d. D. V.) 1. Aufl. 850 M. K. Eiegel, München 9.

Kunstdruckfedern + Tuischen Winkelhak., Seglin., Schiffe Verbandsnadeln + Buchdruckerband + Veränd. d. Bild.-Verb. d. Deutsch. Buchdr., Leipzig, Salomonstraße 8 III.

Am 29. April verstarb unser lieber Kollege, der Invalide

Rietenberg

aus Wärsen, im Alter von 80 Jahren. Am 12. Mai verstarb am Gehirnschlag unser lieber Kollege, der Maschinenseher

Fritz Weber

aus Soest, im Alter von 48 Jahren. Am 19. Mai verstarb an Gehirnschlag unser lieber Kollege, der Geher

Heinrich Reuter

aus Dortmund, im Alter von 40 Jahren. Das Andenken der viel Verstorbenen wird in Ehren halten

Der Bezirksverein Dortmund.

Am 7. Juni verschied infolge schwerer Verwundung, die er anlässlich der Demonstration am 6. Juni davontrat, unser lieber Kollege, der Galvanoplastiker

Kurt Herrmann

im 23. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Verbandskollegen der Firma Giesecke & Devrient, Leipzig.